

men. Das ist sehr richtig. Genossen, das ist sehr wahr und sehr richtig. Aber Westberlin kann nicht ohne normale und freundschaftliche Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik und den anderen Staaten des sozialistischen Lagers auskommen. (Beifall.)

Westberlin ist eine Insel im sozialistischen Meer. Es braucht normale und friedliche Beziehungen nach West und Ost, um eine Brücke des Friedens und ein Vorbild friedlicher Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Gesellschaftsordnung zu werden und nicht länger NATO-Stützpunkt und Zentrum des kalten Krieges zu bleiben.

Tragen die herrschenden Kreise Westberlins der Friedenssehnsucht unserer Bevölkerung Rechnung? Davon kann keine Rede sein. Sie sind offensichtlich nicht in der Lage, sich mit den politischen Machtverhältnissen in Berlin, in Deutschland und in der Welt abzufinden. Und sie sind sehr zum Schaden für unsere Bevölkerung daran interessiert, die Überreste des zweiten Weltkrieges zu verewigen. Immer, wenn sich politische Vernunft anbahnt, wenn sich Anzeichen einer Verständigung über die friedliche Lösung der Westberlinfrage zeigen, beeilen sich die Spitzen der Senatsparteien, einer Verständigung Steine in den Weg zu legen.

Die CDU hat alle Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik für Verständigung und Verhandlungen, alle Angebote der Sowjetunion zur Kompromißbereitschaft abgelehnt und in den Wind geschlagen. Sie hat Westberlin in einen explosiven Spannungsherd verwandelt. Darum sagen wir unserer Westberliner Bevölkerung auch in aller Offenheit: Die Grenze zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik besteht schon lange. Daß die DDR gezwungen war, einen antifaschistisch-demokratischen Schutzwall zu errichten, daß eine Mauer entstanden ist, das haben die Westberliner in erster Linie der Adenauer-CDU zu verdanken.

Die rechtssozialdemokratischen Führer, die gegenwärtig noch die Westberliner SPD beherrschen, paktieren seit Jahr und Tag mit der Adenauer-CDU. Wenn die Führung der SPD der Adenauer-CDU nicht geholfen hätte, Deutschland und Berlin zu zerreißen, wenn sie die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften nicht gespalten hätte, dann würde es in Westberlin keine Adenauer-Politik, keinen Unfrieden und keine Unsicherheit geben.

Diese Erkenntnis setzt sich, wenn auch noch sehr zögernd und sehr widerspruchsvoll, bei gewissen Teilen der Mitgliedschaft der SPD durch, obwohl selbst die Sozialdemokraten, die zur Brandt-Politik in Oppo-